

WP-04-280 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Lena Maria Wunsch (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 280 bis 285:

~~Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme denkt laut Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege, Personalmangel und fehlende Eins-zu-Eins-Betreuung stehen einer sicheren und selbstbestimmten Geburt entgegen. So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt, deren gesundheitliche Folgen häufig lebenslang bestehen bleiben und gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.~~

Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Laut Studien erwägt fast jede zweite Hebamme, ihren Beruf aufzugeben. Personalmangel, lange Anfahrtswege und fehlende Möglichkeiten zur kontinuierlichen Eins-zu-eins-Betreuung erschweren eine sichere, würdevolle und selbstbestimmte Geburt. Unter diesen Bedingungen steigt auch das Risiko, für Interventionen und ein negatives Geburtserleben. Die Folgen solcher Erfahrungen können körperlich und psychisch tiefgreifend sein und bis ins hohe Alter nachwirken. Um eine flächendeckende und bedarfsgerechte geburtshilfliche Versorgung sicherzustellen, wollen wir die Forderung des FrauenRat NRW aufgreifen und eine landesweite Koordinierungsstelle Geburtshilfe einrichten. Diese soll die Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen, geburtshilflichen Abteilungen und hebammengeleiteten Einrichtungen koordinieren und fachliche Kompetenzen bündeln. Damit ihre Interessen und fachliche Expertise stärker in gesundheitspolitische Entscheidungen einbezogen werden, setzen wir uns dafür ein, dass Hebammen einen festen Platz in kommunalen Gesundheitskonferenzen und „Runden Tischen Gesundheit“ in NRW erhalten. Um regionale Versorgungs- und Qualitätsunterschiede sichtbar zu machen und gezielt Verbesserungen vornehmen zu können, wollen wir zudem die Datengrundlage zur geburtshilflichen Versorgung weiterentwickeln. Dazu gehören insbesondere die Erfassung der Müttersterblichkeit nach WHO-Kriterien sowie eine systematische Erhebung des Geburtserlebens durch Patient-Reported Experience Measures (PREMs).

Begründung

Der bisherige Wahlprogrammtext greift bereits wichtige Herausforderungen der geburtshilflichen Versorgung in NRW auf. In Zusammenarbeit mit dem Hebammenverband NRW wurde der Abschnitt jedoch fachlich überarbeitet und präzisiert, um die bestehenden Probleme differenzierter darzustellen und konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe zu ergänzen.

Die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle Geburtshilfe, wie sie auch der FrauenRat NRW fordert, soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen zu verbessern, regionale Versorgungsengpässe frühzeitig zu erkennen und bestehende Strukturen gezielt weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus ist es wichtig, die fachliche Perspektive von Hebammen stärker in gesundheitspolitische Entscheidungen einzubeziehen. Als zentrale Akteurinnen der geburtshilflichen Versorgung verfügen sie über wichtige praktische Erfahrungen und Kenntnisse der regionalen Versorgungssituation. Ihre verbindliche Beteiligung an kommunalen Gesundheitskonferenzen und „Runden Tischen Gesundheit“ kann dazu beitragen, Versorgungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und praxisnahe Lösungen zu entwickeln.

Schließlich braucht es eine aussagekräftige Datengrundlage, um die Qualität der geburtshilflichen Versorgung bewerten und gezielt verbessern zu können. Die Erfassung der Müttersterblichkeit nach WHO-Kriterien soll eine bessere Vergleichbarkeit ermöglichen. Durch die systematische Erhebung des Geburtserlebens mittels Patient-Reported Experience Measures (PREMs) können zudem die Erfahrungen und Perspektiven der Gebärenden stärker berücksichtigt werden. So lassen sich neben medizinischen Ergebnissen auch Aspekte wie Selbstbestimmung, respektvolle Behandlung und die Qualität der Betreuung besser erfassen.

Unterstützer*innen

Sabine Wedel (KV Mettmann); Martin Uhl (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Anke Bliedtner (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Daniela Jansen (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Manuela Hübl (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Falco Weichselbaum (KV Bonn); Viktor Hagen (KV Viersen); Alexandra Diel (KV Herford); Annika Hilleke (KV Köln); Aike Jeutes (KV Aachen); Christian Paulitz-Erdmann (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Gitta Erdmann (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Martin Steinbach (KV Rhein-Sieg); Gerd Ribbeck (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Lotta Ludwig (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Roland Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Jana Latschan (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ursula Ehren (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.